

blickpunkt

ZEITUNG DER DKP FÜR MÖRFELDEN-WALLDORF



Altstadt Mörfelden:

Wie weiter mit dem Verkehr?

Die Parksituation in der Mörfelder-Altstadt ist ein viel diskutiertes Thema. Verkehrsberuhigte Zone - Anwohnerparken / markierte Parkplätze – Rückbau von Bürgersteigen in der Schaf- und Wassergasse - das sind nur einige Stichworte, die derzeit heiß diskutiert werden. Immerhin: Der Protest der Anwohner hat Früchte getragen. Im Rathaus war man schon ein wenig erschrocken darüber, dass sich die Altstädter nicht alles gefallen lassen.

Begonnen hatte alles mit einer "Knöllchenaktion" im November 2022. "Bürger- und Ordnungsdezernent" Bernd Körner (CDU) hatte die Behauptung aufgestellt, in der Altstadt seien ständig "Menschenleben in Gefahr". Warum? Weil die Anwohner dort angeblich verantwortungslos parken und Rettungsfahrzeugen im Notfall die Durchfahrt erschweren.

Strafzettel für "Parken wie immer"

Bei der Aktion bekamen alle Autos einen Strafzettel, die z. B. auf den abgeflachten Bordsteinen nahe den Hauswänden abgestellt waren (so wie es seit Jahrzehnten geduldete Praxis war). Wir schrieben damals: *"Warum ist man von der Verwaltungsseite nicht erst einmal auf die Anwohner zugegangen? Weshalb müssen die Leute erst unnötig verärgert werden? Über die Gründe kann man spekulieren – sie liegen wohl weniger in der Sorge um die 'öffentliche Sicherheit' begründet, sondern vielmehr darin, aus der prekären Lage eine neue Geldquelle für den 'auf Kante genähten' städtischen Haushalt zu erschließen."*

Verdacht auf Beutelschneiderei

Dieser Verdacht erhärtete sich, als am 9. März 2023 dem Bau-Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung eine

Studie des Planungsbüros von Mörner zu einem "Parkraumbewirtschaftungskonzept" für Mörfelden und Walldorf präsentiert wurde. Darin wurde "Anwohnerparken" empfohlen, und der Juniorchef Dr.-Ing. Moritz von Mörner sprach in seinem Vortrag von einer "Monetarisierung" der Parkplätze. Man müsse die Autos aus dem öffentlichen Raum "verdrängen", indem man die Leute in der Altstadt dazu bringt, dass sie auf ihren Grundstücken parken. Und wenn dort kein Platz ist? Tja, Pech gehabt. Dann kostet ein Anwohnerparkplatz eben 120 Euro im Jahr.

"Freie Fahrt für die Feuerwehr?"

Zuvor hatte Herr Körner noch den schrägen Einfall, die Aktion "Freie Fahrt für die Feuerwehr" zu starten. Er ließ das größte, gerade erst für die Einsatzabteilung Walldorf angeschaffte Drehleiterfahrzeug demonstrativ durch die Kirchgasse fahren. Offensichtlich, um es den Altstadtbewohnern "einmal zu zeigen". Mörfelder Feuerwehrleute reagierten verärgert, denn so ein Fahrzeug steht nicht im Ausrückplan für die Mörfelder Altstadt. Dort gibt es keine mehr als 5-stöckigen Häuser, für die dieses spezielle Fahrzeug gedacht ist. Die in Mörfelden vorhandenen Feuerwehrautos mit Steckleitern reichen

völlig aus, um das Gebiet zu "bedienen". Die DKP/LL beantragte eine Anwohnerversammlung. Wir schrieben: *"Das Problem kann nicht ohne oder gar gegen die Anwohner gelöst werden. Unser Vorschlag: Schnellstmöglich eine Anwohnerversammlung mit allen Anwohnern durchführen. Nur so kann gemeinsam eine dauerhafte Lösung gefunden werden, die nicht zu Lasten der Altstadtbewohner geht."*

Anwohnerversammlung widerwillig beschlossen – aber nicht eingeladen

Diese Anwohnerversammlung wurde mit den Stimmen der Oppositionsparteien bei Enthaltung der Grünen-Schwarzen Koalition "für das erste Quartal 2023" beschlossen – aber nicht durchgeführt. Erst nach Mahnung und Druck wurde sie schließlich für den 30. Mai anberaumt. Die Stadt hatte eigens ein Beratungsunternehmen angeheuert. Das sollte den Anwohnern nahebringen, dass man Parkplätze vernichten und weniger "Parkstände" einrichten muss. Denn nur so könne man in der Altstadt sein Auto noch auf rechtschaffene Weise parken, ohne dass dem Bürger- und Ordnungsdezernenten nachts der Schlaf geraubt wird, weil er ungesetzliche Zustände duldet. Der Protest der Anwohner hatte offenbar →

Wirkung gezeigt: Inzwischen war man still und leise ein Stück zurückgerudert. Von gebührenpflichtigem Anwohnerparken ist keine Rede mehr. Die Verwaltung wurde beauftragt, ein Konzept für eine "verkehrsberuhigte Zone" auszuarbeiten. Dazu hatte man noch die Lektion gelernt, die Einwohner vorher einzubeziehen. Und so zogen am 10. und 17. Juni Angestellte des Bauamtes und des Ordnungsamtes durch die Altstadtstraßen, ausgerüstet mit Tapezier-

tischen und großen Plänen, um den Altstädtern ihre Ideen zur Umsetzung dieser "Verkehrsberuhigung" vorzustellen. Die waren zu beiden Terminen auch zahlreich erschienen und hatten Kritik und Vorschläge mitgebracht. Den Bürgermeister und Herrn Körner sah man jedoch nicht – hier war wohl kein großes "Show-Potenzial" mehr. Diese Arbeit überließen sie den Mitarbeiter*innen der Verwaltung, die am Samstagnachmittag fleißig Überstunden schieben

durften. Und so ist jetzt der "Stand der Dinge": Entschieden ist bisher noch nichts. Die Entscheidung liegt bei der Stadtverordnetenversammlung. In einer der nächsten Sitzungen soll über die Pläne abgestimmt werden. Die DKP/LL wird sich weiter mit den Anwohnern beraten und ihre Vorschläge und Wünsche in die Debatte einbringen. Für Samstag, den 24. Juni 2023 laden wir deshalb wieder zu einem Anwohnertreffen ein, diesmal im Hof der Schafgasse 19.

(siehe Anzeige)

Altstadt Mörfelden:

Wie weiter mit Parken und Verkehr?

Anlieger-Treffen im Hof:

**Samstag, den 24. Juni, 15 bis ca. 16 Uhr
im Hof der Schafgasse 19**

Für kühle Getränke und Schatten ist gesorgt!



Eine Veranstaltung der Stadtverordnetenfraktion der DKP-Linke Liste Mörfelden-Walldorf

Bordsteine in der Schafgasse und Wassergasse:

Zu kurz gedacht, oder: "Wer A sagt, muss auch B sagen".

Es schien alles ganz einfach: Man macht eine "verkehrsberuhigte Zone", und alles ist gut. Aber: Für eine solche "verkehrsberuhigte Zone" ist vorgeschrieben, dass es keine Bordsteine gibt. Die gibt es auch kaum in der Altstadt – mit Ausnahme der Wassergasse und der Schafgasse. Also müsste man sie dort beseitigen. Aber: Die

Wassergasse heißt nicht umsonst so. Dort und am Südende der Schafgasse sammelt sich bei Starkregen sehr viel Wasser an, das nicht immer schnell genug über die Kanalisation abfließen kann und dann in die Keller der Häuser dringt. Solange es die Bordsteine nicht übersteigt, ist alles gut. Aber wenn es die nicht mehr gibt? Dann

müsste man wohl die Straße umbauen, um dem Wasser (z.B. durch ein Mittel-Floß) eine andere Möglichkeit des Abfließens zu geben. Aber dann müsste man die ganze Straßendecke erneuern, und die Gullys und den Kanal umbauen. So kommt man schnell vom Hundertsten ins Tausendste. Wer soll das bezahlen?